



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 20.01.2009

AN/0069/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.02.2009

Anti-Islamisierungskongress in Köln am 9. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Wiederholung des Anti-Islamisierungskongresses in Köln am 9. Mai 2009. Er beauftragt die Verwaltung, bei allen anstehenden Entscheidungen im Zusammenhang mit dieser Versammlung das Gebot der parteipolitischen Neutralität zu beachten. Er erkennt das Recht deutscher und europäischer Politiker an, sich kritisch mit der Islamisierung Mitteleuropas auseinander zu setzen.

Begründung:

Am Samstag, den 9. Mai 2009, wird zur Wiederholung des Anti-Islamisierungskongresses eine politische Kundgebung auf dem Roncalliplatz direkt vor dem Kölner Dom stattfinden. Als Redner werden Islamkritiker und Spitzenfunktionäre rechtsgerichteter Vereinigungen aus ganz Europa auftreten. Unterstützt wird die von der Bürgerbewegung pro Köln angemeldete und organisierte Versammlung von der FPÖ, dem Vlaams Belang und dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche.

Die rechtswidrige Beendigung des Anti-Islamisierungskongresses durch die Polizei am 20. September 2008 auf dem Heumarkt aufgrund linker Ausschreitungen hat eine Wiederholung des Kongresses erforderlich gemacht. Ziel der Versammlung ist nicht nur eine Stellungnahme gegen die Kölner Großmoschee und die Islamisierung, sondern auch für Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Vier Wochen vor der Kommunalwahl 2009 werden damit der Domstadt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückgebracht, die in Köln nach der

Schande vom 20. September Schaden genommen haben. Erwartet werden bis zu 2.000 Besuchern aus ganz Europa.

Die gesamte sogenannte Integrationspolitik der verbrauchten politischen Klasse ist gescheitert. Ihr Ergebnis ist die Anwesenheit von Millionen Migranten aus einer völlig anderen Kultur; viele von ihnen ohne jede berufliche Qualifikation bzw. Perspektive und nur bedingt integrationsfähig und -willig.

Zudem belastet der Familiennachzug unsere Sozialkassen mit Milliardenbeträgen. Die Zahl der Muslime in ganz Westeuropa nimmt darüber hinaus ständig zu. In unseren Großstädten gedeihen immer größer werdende Enklaven in Gestalt von muslimischen Parallelgesellschaften.

Das mißglückte Kölner Kofferbombenattentat sowie die Aufdeckung der Sauerländer Terrorzelle im letzten Sommer belegen in erschreckender Weise, daß der islamistische Terror sehr wohl zwischenzeitlich auch in der Bundesrepublik Deutschland angekommen ist.

Islamistische Aggressivität wird jedoch von der politischen Klasse sowie den Blockwarten der political correctness mit Toleranz und naiven Dialogversuchen beantwortet. Hassprediger bzw. Terrorzellen werden gar vom Sozialsystem umhegt und alimentiert.

Als engagierte Demokraten bekennen sich die Träger des Anti-Islamisierungssongresses ausdrücklich zu den Grundrechten, die für eine jede Demokratie elementar sind. Sie bekennen sich darüber hinaus selbstverständlich zur Religionsfreiheit für Muslime. Jedoch erwarten sie von den muslimischen Migranten ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, zum Wertekanon des deutschen Grundgesetzes, zur mitteleuropäischen Leitkultur sowie zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie sagen zudem entschieden NEIN zur weiteren Islamisierung und Großmoscheebauten.

Es gibt, wie der Publizist Ralph Giordano zu Recht bemerkt, kein Grundrecht auf den Bau von repräsentativen Großmoscheen in unseren Städten. Großmoscheen einschließlich Minaretten sind für uns Symbole einer regelrechten kulturellen Landnahme eines immer aggressiver werdenden Islams. Für uns ist der radikale Islam mit dem Wesenskern einer freiheitlich demokratischen Grundordnung schlicht unvereinbar. Ohne die einheimische Bevölkerung ausreichend in den Entscheidungsprozeß mit einzubeziehen, werden Moscheen im Stile „islamistischer Prachtbauten“ gebaut und der Bevölkerung einfach so „vor die Nase gesetzt“. Dabei ist bekannt, daß diese sogenannten repräsentativen Großmoscheen ein politisches Symbol darstellen, um Macht zu demonstrieren und um zu zeigen, daß der Islam Einzug in Mitteleuropa gehalten hat.

In denselben Moscheen treiben teilweise sogenannte Hassprediger ihr Unwesen und radikalisierten die Gläubigen. Mitnichten dienen diese Moscheen der Integration der Muslime; im Gegenteil, sie fördern die Entstehung und den Ausbau gefährlicher Parallelgesellschaften, in denen nicht unser Grundgesetz und unsere Gesetze, sondern ausschließlich der Koran und die Scharia gelten. Um die jeweiligen Moscheen herum bildet sich eine unabhängige, parallele Infrastruktur jenseits der Mehrheitsgesellschaft. Es entstehen Enklaven, in denen man prima leben kann ohne jemals ein Wort in deutscher, französischer, englischer, italienischer oder spanischer Sprache gewechselt zu haben. Die neuen entstehenden Geschäfts-, Sport- und Kulturzentren werden in der Regel ausschließlich von der den jeweiligen Moscheebau tragenden Migrantengruppe genutzt.

Im Übrigen erzeugt der Bau von deutlich erkennbaren Großmoscheen mit der entsprechenden islamistischen Symbolik eine nicht unerhebliche Trennungsbewegung der jeweiligen Bevölkerungsteile. Die einheimische Bevölkerung zieht – wenn es irgendwie möglich erscheint – in bürgerliche Stadtviertel weg und wird insoweit von muslimischen Zuwanderern ersetzt. So verfestigen sich gerade in unseren Großstädten Ghettostrukturen und die sogenannte Parallelgesellschaft.

Es gilt daher, den gefährlichen Islamisten den Nährboden zu entziehen und jeden Großmoscheebau zu unterbinden. Bei aller Höflichkeit gegenüber den Migranten aus anderen Kulturen muß doch deutlich gesagt werden: Der Islam darf in Europa nicht zur neuen Leitkultur werden. Bestimmte Auswüchse des Islamismus stehen unserem Menschenbild und unserer Demokratie entgegen.

Ziel der Veranstalter des Anti-Islamisierungskongresses ist:

- Generell keine Neubauten von Moscheen in Wohngebieten
- Keine Umnutzung von bereits bestehenden Gebäuden zu Islamzentren und Moscheen in Wohngebieten.
- Muslimische Gebetsräume sollen baurechtlich nur in Außenbezirken zugelassen werden und darüber hinaus intensiv von unseren Sicherheitsbehörden überwacht werden
- Islamistische Hassprediger sind unverzüglich abzuschieben.
- Islamzentren, in denen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung offen oder latent agitiert wird, sind nach Abschluß eines rechtsstaatlich korrekten Verfahrens schnellstmöglich zu schließen, denn islamistischen Feinden unserer Demokratie darf null Toleranz entgegengebracht werden.

Solche Ziele in Köln öffentlich zu vertreten, ist demokratisch völlig legitim. Wer pro Köln das Recht auf Öffentlichkeitsarbeit bestreitet, beschädigt den demokratischen Rechtsstaat. Man muß kein Anhänger der Bürgerbewegung pro Köln sein, um zu erkennen, daß der Abbruch des Kongresses am 20. September 2008 für die Gegner der Bürgerbewegung ein Pyrrussieg gewesen ist.

„Zu früh gefreut“ kommentierte bereits am 23. September 2008 die „Rheinische Post“ die teils schadenfrohen und hämischen Aussagen insbesondere der Kölner Tageszeitungen und Lokalpolitiker über den Sieg des linken Straßenterrors über Demokratie und Versammlungsfreiheit in der Domstadt. Ebenso wie die meisten anderen seriösen überregionalen Zeitungen kritisiert die RP die Aushebelung des Rechtes auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das aggressive und gewalttätige Auftreten linksextremer „Jagdkommandos“ und den – aus ihrer Sicht unerwünschten – PR-Erfolg für die pro-Bewegung:

„Im ‚hillijen‘ Köln sollte man wissen, was es heißt, Märtyrer zu schaffen: Ausgerechnet dort aber ist eine zweifelhafte Kundgebung einiger hundert Rechtspopulisten am Ende mit dem zweifelhaften Argument verboten worden, selbst einige tausend Polizisten seien nicht mehr in der Lage, für die Sicherheit in der Domstadt zu garantieren ... Man muß kein Sympathisant des Vereins ‚Pro Köln‘ sein, um festzuhalten, daß es Aufgabe der Polizei ist, auch dessen Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen. Hatten die Sicherheitskräfte etwa das Gewaltpotenzial der linksautonomen Szene unterschätzt? Oder handelt es sich gar um eine ‚rheinische Lösung‘, sich des unerwünschten Auftritts zu entledigen? Solche Fragen bleiben und damit ein schaler Nachgeschmack nicht nur bei Staatsrechtlern. Der Verein ‚Pro Köln‘ wird die Entscheidung juristisch anfechten und das womöglich mit Aussicht auf Erfolg. Und er wird seine populistischen Forderungen weiter verbreiten. Die Politiker, die gestern einen ‚Sieg der Zivilgesellschaft über die Rechtsextremisten‘ bejubelten, haben sich zu früh gefreut.“

Viele andere Pressestimmen gehen ebenfalls sehr kritisch mit den von Oberbürgermeister Fritz Schramma bejubelten skandalösen Vorgängen und der Verkündung des „polizeilichen Notstandes“ ins Gericht:

„Daß die Polizei den Kongreß nach einigen vergleichsweise harmlosen Rangeleien kurzerhand verbot, hinterläßt ein zwiespältiges Gefühl ... Womöglich eröffnet die Entscheidung Pro Köln die nachträgliche Aussicht auf einen billigen juristischen Sieg.“
(General-Anzeiger)

„Aber ein Sieg für die Demokratie sieht anders aus: Das Recht auf Meinungsfreiheit ist beschnitten worden, weil einige Autonome Straftaten begingen und es der Polizei ‚zu heiß‘ wurde.“ (Rheinpfalz am Sonntag)

„Viva Chaos-Colonia: Für ein kritisches Nachdenken über ein religiöses Miteinander ohne Vorurteile, Hassprediger und steingewordene Machtbeweise war da kein Platz mehr.“ (Leipziger Volkszeitung)

„Zwar war der Anti-Islam-Kongreß schneller vorbei, als die Pro-Köln-Funktionäre gehofft hatten. Dennoch war es für sie ein Erfolg. Immerhin kennt jetzt ganz Europa die kruden Ansichten der Vereinigung.“ (Süddeutsche Zeitung)

Die Rheinische Post faßt die Reaktionen und das Medienecho wie folgt zusammen:

„Skepsis weit verbreitet

Er ist nicht der einzige, der angesichts des Verbots Skepsis äußert. Auch das Meinungsbild in der deutschen Presse ist durchwachsen. Viele Kommentare sind kritisch. Einige beklagen, das Recht auf Meinungsfreiheit sei beschnitten, das Verbot habe der Demokratie geschadet. Andere weiden sich lustvoll an der Demütigung der Rechten durch die Demonstranten.“

Insbesondere die Kölner Medien versuchen in der Tat, diese Niederlage des Rechtsstaates und der Demokratie feixend in eine Niederlage von pro Köln umzudeuten. Der Souverän, also die Bürger und Wähler, sehen das gänzlich anders. Tausende E-Mails und Telefonanrufe mit Sympathiebekundungen und der Bitte „durchzuhalten“ gingen seit dem 20. September 2008 bei pro Köln ein.

Zudem gab es auf der Internetseite der „Welt“ zwei bemerkenswerte Online-Umfragen, bei der jeweils eine Mehrheit der Bürger die Durchführung des Anti-Islamisierungskongresses der pro-Bewegung befürwortete und das polizeiliche Verbot in letzter Sekunde verurteilte.

Viele normale Bürger lassen sich eben nicht verhetzen und verblenden, egal was bestimmte Politiker und Medien von sich geben. Das gleiche gilt übrigens auch für überraschend viele seriöse Journalisten, die sich am Wochenende ein eigenes Bild von den skandalösen Vorgängen machten. Viele konnten dabei die rabiatischen „SA-Kontrollpunkte“ aufgeputschter „Antifaschisten“ beobachten, die das Gewaltmonopol des Staates aushebelten und Demonstrationsbesucher und neutrale Anwohner gleichermaßen „kontrollierten“ und gegebenenfalls unter wüsten Beschimpfungen, Bespucken und Treten aus der Innenstadt vertrieben – ohne daß die Polizei ernsthaft dagegen eingeschritten sei. Journalisten der „Welt“ fiel zum Beispiel folgendes auf:

„Diese Zeitung beobachtete am Samstag zwei Situationen, in denen Personen von Gegendemonstranten angepöbelt und geschlagen wurden. An der Bolzengasse in der Kölner Altstadt schickte die Polizei einen in die Bredouille geratenen Mann wieder weg. An der Augustinerstraße wurden eine ältere Frau und ein jüngerer Mann traktiert. Die Frau rief: ‚Ich berufe mich auf meine Grundrechte.‘ Polizisten führten die beiden zurück. Pro Köln beklagt zudem, daß die Polizeiführung den Weg für Teilnehmer vom Flughafen Köln/Bonn zum Heumarkt ‚entgegen allen Absprachen‘ nicht freigegeben habe.“

Beispielhaft wird die hysterische und aggressive linke Pogromstimmung am Samstag auch in der ganzseitigen Reportage „Die Ordnung der Dinge“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von gestern wiedergegeben:

„Der ältere Mann hatte die braune Jacke aus dem Schrank geholt: die wasserabweisende mit dem Reißverschluß, wie es sie im Versandhandel oder im Kaffeeladen um die Ecke zu kaufen gibt. Dazu ein Lederetui für die Farbkopie mit der Großmoschee. Eigentlich unauffällig, dachte er. Eigentlich schien nichts dabei zu sein, mit der S-Bahn in die Stadt zu fahren und sich am Dom entlang bis zur Altstadt vorzukämpfen. So machen es viele an diesem Samstag im September, auch ältere Herren von seiner Statur.“

Einhundert Meter vor dem Heumarkt glauben sie ihn trotzdem zu erkennen. „Nicht durchlassen, nicht durchlassen!“ brüllt eine Frau, deren Stimme vom Schreien schon ganz heiser klingt. Sie steht in einer schmalen Gasse, inmitten eines Pulks aus aufgeregten Menschen. Die Umstehenden greifen ihre Parole auf, hysterisch, laut uns wie ein Mann: „Nicht durchlassen, nicht durchlassen!“, rufen sie. Dann löst sich ein Kerl aus der Wegsperre, er ist groß und stark und bösen Blickes.

Der Mann trägt eine grelle Ordnerweste, als käme er vom Saalschutz. Parteiabzeichen sind auf dem Stoff genäht, er gibt sich reichlich offiziös. „Wer sind Sie, wo wollen Sie hin?“ fragt er, und die Menschen hinter ihm wiederholen seine Worte im Chor. Einige wollen einen Ausweis sehen. „Wer sind denn Sie, da ich Ihnen das verraten müßte. Lassen Sie mich durch!“, versucht der Eindringling sich zu wehren. Doch man drängt ihn zurück – zu zweit, zu dritt, zu viert, voller Drohgebärden und ganz ohne Polizei. Die steht behelmt und mit angestrengten Gesichtern hinter der Wegsperre und weiß gar nicht, wohin sie schauen soll: zu den Wahnsinnigen vor oder hinter der Blockade.

In Köln, an diesem Samstag im September, singt man viel von Demokratie und Meinungsfreiheit und kann sie – so schmerzhaft das ist – im Grunde nicht ertragen.

„Was haltet ihr denn eigentlich von der Moschee in Köln, die bald gebaut wird?“ Am Buttermarkt, der von Kneipen gesäumten Parallelstraße zum Rheinufer, steht ein Herr mit Brille vor einer der Blockaden. Ein Lehrer offenbar. Er legt darauf Wert, gegen die Gesinnung von „pro Köln“ zu demonstrieren. Doch er zögert plötzlich, sich zu den Menschen hinter der Absperrung zu stellen. Was ihn stört, sind die alarmfarbenen Orderwesten. Sie prägen auch hier das Bild. Sollen es auch. Denn ausgegeben hat sie „Die Linke“, für zwölf Euro das Stück, wie es heißt. Beim Gewerkschaftsbund soll es dunklere Westen kostenlos gegeben haben. „Na los, was haltet ihr davon?“, wiederholt der Lehrer seine Frage. Die Westenträger schauen sich an, kopfschüttelnd: „Du bist doch auch nur einer von denen“, sagt der eine, der mit dem Spanferkelbrötchen im Mund. „Ich finde das nicht in Ordnung, wie das hier abläuft“, sagt der Lehrer. „Wir müssen demonstrieren, klar. Denen da geht es ja gar nicht um Köln. Aber“ – „Faschist!“, unterbricht ihn der Ordnungshüter. „Ihr seid doch genauso krank wie die Rechten, die ihr stark macht. Verfluchte DDR“, ereifert sich der Lehrer. „Faschist! Mach bloß, daß du wekommst!“, schleudert man ihm ins Gesicht.

Prompt stimmt eine Gruppe auf den Barrikaden die „Internationale“ an. Nicht etwa halb im Scherz, wie dies früher bei Demonstranten einmal üblich war, zumal bei euphorisierten Juso-Grüppchen. Sondern laut und aggressiv, durchmischt mit antikapitalistischen Parolen, die nach einer Woche wie dieser so selbstverständlich skandiert werden wie selten zuvor.“

In einem haben Schramma und Co. übrigens Recht:

Der 20. September 2008 wird in der Tat als Fanal in die Stadtgeschichte eingehen – aber nicht in dem Sinne, wie es sich „politisch korrekte“ Politiker und Meinungsmacher wünschen. Dieser Tag wird vielmehr für das Versagen des Rechtsstaates, für eine Niederlage von Demokratie und Meinungsfreiheit stehen. Jeder geschichtlich Interessierte konnte am Wochenende in Köln mit eigenen Augen beobachten, wie schnell es bei einer hysterisierenden und aufhetzenden Medienberichterstattung der örtlichen Presse gelingen kann, bei einfachen Gemütern die dunkelsten Charakterzüge hervorzuholen. Wie schnell es auch gelingen kann, daß Polizeiführer bei Straftaten wegschauen, dem gewalttätigen Mob die Herrschaft über die Straße erlauben. Wie Politiker Steinwürfe, Nötigungen, Körperverletzungen und Landfriedensbruch unter Verkehrung aller Werte als „Zivilcourage“ bejubeln. Wie Gewalt und Rechtsbruch über Versammlungs- und Meinungsfreiheit siegen können.

Diese Botschaft wird von nun an vom 20. September 2008 von Köln ausgehen. Die Rechte einer friedlichen politischen Gruppierung und vieler islamkritischer Bürger und Parlamentsabgeordneter aus halb Europa wurden unter dem Jubel verblendeter Politiker und mancher Hetzer in den Redaktionsstuben beschnitten. Dieser Makel wird an den

Verantwortlichen im Rathaus, im Polizeipräsidium und in den Chefredaktionen haften bleiben.

Dem Rat der Stadt Köln ist mit dem vorstehenden Antrag Gelegenheit gegeben, zu verdeutlichen, daß er den Bruch demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien nicht geschlossen billigt, sondern das Recht auch unbequemer politischer Akteure auf Bildung und Ausübung der Opposition anerkennt.

gez. Rouhs